



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 11.07.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

mobil mit dem Smartphone zu kommunizieren, gehört fest zu unserem Alltag. Zwar ist die Netzabdeckung laut Angaben der Mobilfunkbetreiber in Deutschland hervorragend. Im täglichen Gebrauch gibt es allerdings oft Lücken. Letzte Woche im Plenum haben wir uns für eine verbesserte Mobilfunkversorgung eingesetzt. Lesen Sie mehr über unsere Initiativen in meinem Newsletter!

Letzte Woche im Plenum

- Bundeswehr leistet weltweit einen hervorragenden Dienst
- Arbeitskreis Bildung und Kultus beim israelischen Generalkonsul in München
- Arbeitskreis Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport berät über Fahrlehrerrecht

Nun wünsche ich Ihnen wieder eine gedeihliche Lektüre, diesmal zum Start in die neue Woche und grüße Sie herzlich

Ihr



Bernhard Seidenath

Diese Woche im Plenum

Mobile Kommunikation ist ein wesentlicher Faktor unseres Zusammenlebens. Zwar ist die Netzabdeckung laut Angaben der Mobilfunkbetreiber in Deutschland hervorragend. Im täglichen Gebrauch werden allerdings häufig Störungen und Lücken wahrgenommen. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb die Staatsregierung auf, Lösungen zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung zu erarbeiten.

[Zum Dringlichkeitsantrag Mobilfunklöcher schließen - Netzabdeckung in Bayern verbessern](#)

Die wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen nach 1945 Verurteilten haben Anspruch auf volle politische, gesellschaftliche und sozialetische Rehabilitierung. Da jedoch eine Aufhebung von Strafurteilen schwierige verfassungsrechtliche Fragen aufwirft, fordern wir die Staatsregierung auf, nach Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs durch Bundesjustizminister Maas zu prüfen, ob dem Ziel der rechtlichen Rehabilitierung auf verfassungskonforme Weise Rechnung getragen wird.

[Zum Dringlichkeitsantrag Rehabilitierung Homosexueller verfassungsrechtlich sorgfältig prüfen](#)

In verschiedenen Medien wurden Vorwürfe gegen das Vorgehen der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und der Staatsregierung in Fragen des Umgangs mit Kunstwerken erhoben, die während der NS-Herrschaft verfolgten Vorbesitzern entzogen worden waren. Diese bezogen sich auf Vorgänge der 50er- und 60er-Jahre. Der Landtag ist sich der großen Verantwortung gegenüber den Opfern des NS-Regimes bewusst. Wir fordern daher in einem weiteren Dringlichkeitsantrag von der Staatsregierung größtmögliche Transparenz über die Vorgänge.

[Zum Dringlichkeitsantrag Größtmögliche Transparenz in Bezug auf Herkunft von Kunstwerken schaffen](#)

Bundeswehr leistet weltweit einen hervorragenden Dienst

Der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer hat die Bedeutung der Bundeswehr vor dem Hintergrund zahlreicher weltweiter Krisenherde gewürdigt. Die Soldatinnen und Soldaten deckten das gesamte Spektrum ab: von der Beobachtermission bis zum Stabilisierungseinsatz. Weltweit leisteten sie einen „hervorragenden Dienst zur Verteidigung unseres Landes und unserer Werte“, sagte er beim Sommerfest des Arbeitskreises Wehrpolitik im Bayerischen Landtag.

Am Fest, zu dem der AK Wehrpolitik mit seinem Vorsitzenden Staatssekretär Johannes Hintersberger, MdL, eingeladen hatte, nahmen neben Vertretern von Bundeswehr, Politik und wehrtechnischer Industrie unter anderen Staatsminister Joachim Herrmann, CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, der neue stellvertretende Kommandeur der NATO School in Oberammergau Oberst Joachim Schreckinger und Brigadegeneral Helmut Dotzler, Kommandeur des Landeskommandos Bayern, teil.

[Zur Bildergalerie](#)

Arbeitskreis Bildung und Kultus beim israelischen Generalkonsul in München

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler, sowie MdL Dr. Ute Eiling-Hütig und MdL Tobias Reiß besuchten die neuen Räumlichkeiten des Generalkonsulats des Staates Israel. „Persönliche Kontakte zwischen den Menschen sind zentral für die erfolgreiche Gestaltung und Weiterentwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen“, so der Generalkonsul des Staates Israel, Dr. Dan Shaham.

Ziel des Austauschs ist es, die Bildungskooperation zwischen Israel und Bayern auf allen Ebenen zu vertiefen: bei Schülerinnen und Schülern, bei Studierenden und besonders auch bei Lehrkräften. Dr. Shaham zeigte sich sehr interessiert, konkret im Bereich der beruflichen Bildung zusammenzuarbeiten. Waschler verwies zudem auf einen aktuellen Antrag seiner Fraktion zur Förderung der israelisch-bayerischen Bildungskooperation im Schulbereich, der im zuständigen Ausschuss für Bildung und Kultus des bayerischen Landtags fraktionsübergreifend auf einstimmige Zustimmung gestoßen ist.

Arbeitskreis für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport berät über Fahrlehrerrecht

Soll die Ausbildung angehender Fahrlehrer verlängert werden? Wie kann die traditionell klein- und mittelständisch organisierte Fahrschullandschaft in allen Landesteilen erhalten und der Beruf des Fahrlehrers noch attraktiver werden? Der Arbeitskreis für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport erörterte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Landesverbands bayerischer Fahrlehrer, Dr. Walter Weißmann, und Vertretern des Staatsministeriums der Innern, für Bau und Verkehr die auf Bundesebene geplante Reform des Fahrlehrerrechts.

Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer über die große Bedeutung einer guten Fahrschulbildung für die Verkehrssicherheit. Diese müsse auch oberstes Ziel der geplanten Neuregelungen sein.

Die Woche in Bildern

Glückwunsch zum Jubiläum: Seit zehn Jahren gibt es die Koordinierungsstelle „Wohnen im Alter“. Beim Festakt in der Würzburger Residenz waren neben Sozialministerin Emilia Müller auch Landtagspräsidentin Barbara Stamm und MdL Steffen Vogel zu Gast.

Weitere Impressionen aus dieser Sitzungswoche finden Sie in den Bildern der Woche.

[Zur Bildergalerie](#)

Zahl der Woche: 30.000

Aufatmen für die Imker: Der hartnäckige Einsatz Bayerns gegen das vom Bund wegen entsprechender EU-Forderungen geplante Bienenstockregistrierungsgesetz war erfolgreich. Für die rund 30.000 Imker hätte die vorgesehene akribische Erfassung und Kontrolle ihrer Bienenstöcke deutlich mehr Bürokratie bedeutet. Stattdessen bleibt es bei der bisherigen Regelung: Um Fördergelder erhalten zu können, melden die Imkerverbände die Zahl der Bienenstöcke über den Bund nach Brüssel.

[Mehr Informationen](#)